

lich ergriffene Gelegenheit empfunden, die Rolle des Landtages neu zu definieren. Zusätzlich setzte Beck als wichtiges und unentbehrliches ausserparlamentarisches Hilfsmittel die von ihm im April 1914 gegründete Wochenzeitung «Oberrheinische Nachrichten» ein.

Partei Gründung

Mit der Einführung des direkten Wahlrechts im Jahre 1918 wurde einem zentralen Anliegen Becks entsprochen. Dadurch war auch der Weg geebnet, parteipolitische Organisationen zu schaffen, um im bevorstehenden Wahlkampf möglichst viele Stimmen zu gewinnen.

Beck wurde von seinen Gegnern als «parteiGewaltiger Diktator» bezeichnet, der sozialistisches Gedankengut verbreite und statt erfahrenen Männern Knaben in den Landtag schicken wolle, die er zum «Jasagen und Handaufhalten und zu gewissen ermutigenden Zurufen einexerzieren» könne.

Am 6. März 1918 bezeichneten die «Oberrheinischen Nachrichten» eine Kandidatenliste als «Wahlvorschlag der Volkspartei»; bereits am 23. Februar des gleichen Jahres hatte die Beck'sche Gruppe sich als «christlich-sozial» bezeichnet. Somit hatte wenige Tage vor den Landtagswahlen vom 11. März 1918 die «christlich-soziale Volkspartei» als Resultat eines längeren Entstehungsprozesses die politische Szene Liechtensteins betreten. Da diese Partei liberalen, sozialen, aber auch sozialdemokratischen Ideen nahestand, wurde sie von ihren Gegnern als linkslastige, antikirchliche und monarchiegefährdende «Partei der Roten» eingeordnet.

Der Wegbereiter der Verfassung von 1921

Trotz guter Ergebnisse blieb die Volkspartei nach den Wahlen von 1918 in der Minderheit. Dies verführte einige ihrer Exponenten im Umfeld der revolutionären Vorgänge in Deutschland und in Österreich-Ungarn am Ende des



Wahlkampfveranstaltung der Vaterländischen Union. Zu sehen (v. l.) der früh verstorbene Abgeordnete Dr. Wolfgang Feger, Dr. Karlheinz Ritter, Dr. Franz Beck, Dr. Alfred Hilbe und Dr. Franz Nägele (VU-Präsident 1965-1973).